istag
ag
ein
nen".
icherung a. G.
gen muss täglich
, daß wegen un-
mmer nur ein Teil
m. Es ist dringend
ehmer seinen An-
igt, daß die heuti-
biliar mindestens
früher. Besonders
cht. daß im Scha-
gebrachten Werte
. Zu weiteren Aus-
mil Geo-gii, Calw.
l.
, findet in Liebenzell
Waldhorn"
jau
laden freundlichst ein
Hundefreunde.
nnkuch & Co.
ester grober
Bruchreis
Pfund Mark 2.—
Vollreis
gut kochend,
Pfund Mark 2.50
und Mark 3.—
Ia
Valencia-
Tafelreis
Pfund Mark 4.—
Haferflocken
Pfund Mark 3.—
Gries
weiß
Pfund Mark 3.20
und Mark 3.50
Suppengerste
Pfund Mark 2.60
nnkuch & Co.
G. m. b. H.
nnahme 8 Uhr

Calwer Tagblatt

Nr. 29. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Samstag, den 5. Februar 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 12.90 vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 12.60 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Wahnsinn des französischen Nationalismus.

Der Nationalistenführer Tardieu gegen die Pariser Beschlüsse.

Paris, 5. Febr. In der gestrigen Sitzung der Kammer setzte Tardieu seine vorgestern unterbrochene Rede fort. Er habe vorgestern bewiesen, daß das Pariser Abkommen an die Stelle der Reparationskommission die Regierung gesetzt habe, um die Schuld Deutschlands festzusetzen. Er habe ferner bewiesen, daß die Forderungen Frankreichs durch das Abkommen auf 71 Milliarden Goldmark herabgesetzt seien anstelle der 214 Milliarden, die man zu verlangen habe. Einige seiner Kollegen hätten sogar gesagt, die Ziffer von 71 Milliarden sei optimistisch. Nun wolle er seinerseits einige Anregungen geben. Tardieu stellte fest, daß Deutschland bis jetzt nur für 15 Milliarden Goldmark restituiert habe. Auf Konto der Reparation habe es 12 Milliarden bezahlt. Sie hätten aber vor März 1921 20 Milliarden Goldmark betragen sollen. Er frage deshalb, ob es opportun sei, sich mit den Deutschen darin zu finden, wo man sage, der Vertrag sei unerfüllbar; man werde ihn abändern. Die Sachverständigen hätten festgestellt, daß Deutschland imstande sei, den Friedensvertrag auszuführen. Gerade diesen Augenblick wähle man, um die Forderungen herabzusetzen. Schon seit einem Jahr hätte man den Alliierten sagen müssen, man müsse sich verständigen, um die strengste Ausführung des Vertrags zu fordern. Man hätte ein allgemeines Pfand auf das gesamte Haben Deutschlands nehmen müssen, man hätte das Budget, die Finanzen, den deutschen Handel kontrollieren müssen und nachher die Annuitäten im Hinblick auf deren Flüssigmachung festsetzen müssen. Seit einem Jahr hätten die Alliierten können und müssen. (Die äußerste Linke unterbricht stürmisch und fragt: Was, was?) Tardieu: Die Klauseln des Friedensvertrags anwenden und von Deutschland Barzahlungen im ungefähren Betrag von vier Milliarden verlangen. Seit einem Jahr haben sie sich keiner Vertragsklauseln bedient. Der Privatsekretär von Lloyd George hat geschrieben: „Wenn die finanziellen Bedingungen nicht hart wären, wären sie nicht gerecht." Die Alliierten hätten seit 13 Monaten Amputationen und Verzögerungen angenommen. Im weiteren Verlauf seiner Rede beschwor Tardieu das Parlament, der französischen Regierung klar zu sagen, damit die englische Regierung es auch wisse, daß **das Gefühl des Landes keine Konzessionen mehr dulde.** Lloyd George sei zu sehr Parlamentarier, um nicht zu begreifen, daß die französische Regierung nichts gegen den Willen des Parlaments unternehmen könne. (Beifall.) Es liege ein Paradoxon darin, wenn die Engländer, die sich mit den Franzosen gegen Deutschland geschlagen hätten, gegenüber dem Vertrag von Versailles den Standpunkt von Bethmann Hollweg einnähmen. (Hört! Hört!) Tardieu wies darauf hin, welche Freude die Deutschen angesichts dieses Schauspiels empfänden. Er verlangte von der Regierung, daß sie Verhandlungen mit den Alliierten wieder aufnehme, da die Konferenz von Paris zu keinen ratifizierten Entscheidungen gekommen sei. Diese Konferenz sei überstürzt gewesen. Briand sei es gewesen, der 1917 die Unerträglichkeit überstürzter Verhandlungen anerkannt habe. — Ministerpräsident Briand verlangte Aufklärung. — Tardieu antwortete: Haben Sie nicht von der Möglichkeit gesprochen, 1917 Frieden zu schließen? — Briand erwiderte: Vollkommen, das ist klar, das gestattet mir zu antworten. — Tardieu beendet seine Rede, indem er seine Kollegen auffordert, ihren Willen dahin kundzugeben, daß sie das Abkommen von Paris nicht annehmen und wünschen, daß über den Gegenstand die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Briand erwiderte: In meiner Naivität habe ich zuerst Freude empfunden, als ich von der Interpellation Tardieu vernommen hatte. Ich kenne, glaube ich, die Vorzüge des Versailler Vertrags, aber ich kenne auch seine Fehler. Er wisse, unter welchen Schwierigkeiten verhandelt wurde; er müsse deshalb Nachsicht gegenüber jenem Manne zeigen, der diesen Vertrag unter schwierigen Bedingungen habe zur Anwendung bringen müssen und der das Beste für sein Land getan habe. Der Abg. Tardieu habe ein wunderbares Monument der Kritik aufgerichtet. Er habe geglaubt, daß Tardieu, als er vorgestern in die Debatte eingriff, habe mitarbeiten wollen. Er habe über den Vertrag in der besten Periode kurz nach dem Krieg verhandelt, zu einer Zeit, zu der das Prestige des Krieges noch vorhanden gewesen sei. In diesem Augenblick konnte man viel verlangen. Es war damals leichter als heute, denn man hatte die Ergebnisse einer wirtschaftlichen Konferenz, die ich veranlaßt hatte, unter den Händen, die die interalliierte Solidarität empfohlen hatte. Damals hatte man aber das Parlament nicht hören wollen, das man heute so feiert. Damals hatte man seine Mitarbeit abgelehnt und die vollständige Isolierung der Regierung verlangt. (Lebh. Beifall.) Gewiß bindet das Abkommen von Paris nicht die Kammer. Die Kammer hat also das Recht, die Revision zu verlangen. Briand erinnerte daran, daß Tardieu ihm vorgeworfen habe, er habe die Expedition von Saloniki aufgeben wollen. Nach Lobsprüchen auf Doumer und Loucheur sagte der Ministerpräsident, **der Versailler Vertrag sei ausgezeichnet. Es fehle ihm aber nur eines wie den berühmten Zwillingen, nämlich daß er lebend sei.** Um ihm Leben einzuhauchen, müsse man fortgesetzt Anstrengungen machen. Clemenceau selbst habe gesagt, der Vertrag könne nur durch die Einigkeit der Alliierten ausgeführt werden. Tardieu habe selbst die Fehler anerkannt. Die Konferenz von Paris habe das Einverständnis der Alliierten verstärkt. Die Erhebungen über die feststehenden Annuitäten seien genau, aber die Berechnungen über die Exportsteuer seien anzuzweifeln. Jedenfalls aber habe sich Tardieu getäuscht, **wenn er behaupte, Frankreich habe 30 bis 35 Prozent seiner Forderungen aufgegeben.** Die Vereinigung der feststehenden Jahreszahlungen mit den abänderungsfähigen Jahreszahlungen habe dafür gesorgt, daß man verknüpft werde mit dem deutschen Wiederaufbau. Was das Flüssigmachen der Schuld anbelange, so bemerke er, daß über diese Frage verhandelt werde. Briand protestierte scharf gegen den Gedanken, Frankreich könnte die Frage der Kriegsschulden der Alliierten mit der der deutschen Forderungen verquicken. Er sagte wörtlich: Sie haben glauben können, daß England, dieses große und edle Land (lebh. Beifall), nachdem es sein Blut an unserer Seite vergossen hat, daran denkt, in einem solchen Konsortium Deutschland an die Stelle von uns zu setzen? Ich will unseren Alliierten nicht die Beleidigung antun, eine derartige Hypothese zu diskutieren. (Lebh. Beifall.) Er habe volle Hoffnung, daß die mit den Alliierten angeknüpften Verhandlungen zu einem Ergebnis führen. Ein ernsthafter Schritt sei schon getan. Die Lage bleibe schwierig. Die Konferenz von Paris hätte zu einem Ergebnis führen müssen. Er habe ein Gefühl für den Ernst der Stunde. Wenn man verhandle, dann sei es nicht das Parlament, sondern die Regierung, die fähig sein müsse, sich zu verständigen. Wenn die Regierung sagen würde, man sei infolge des Willens des Parlaments in eine Sackgasse geraten und wenn die Drohung mit einer Ministerkrise genüge, dann würde das Parlament niemand mehr finden, um mit ihm zu reden. (Beifall.) Briand sprach alsdann von den neuen Zollmaßnahmen, die vorgesehen worden seien. Während der Friedensvertrag von Versailles nur Zölle auf gewisse deutsche Produkte vorsehe, handle es sich jetzt um allgemeine Zölle und um die Zollkontrolle im Rheinland. Das komme einer militärischen Klausel gleich. Die Regierung könne über Verhandlungen von morgen nur mit Zurückhaltung sprechen. **Zwangsmaßnahmen würden solidarisch angewandt, sodaß es Deutschland von nun an unmöglich sei, einen Versuch zu machen, sich seiner Verpflichtungen zu entziehen, ohne daß Zwangsmaßnahmen in Kraft träten.** Die Regierung habe recht gehabt, am 1. Januar das Abkommen von Spa auszuspielen. Da es nicht automatisch geschehen sei, könne man der Regierung keinen Vorwurf machen. Heute aber befinde man sich einer Gesamtheit von Zwangsmaßnahmen gegenüber, die in die Erscheinung treten würden, wenn Deutschland in der Entwaffnungsfrage oder in der Frage der Zahlungen in Verzug geräte. Die Kammer müsse entscheiden, ob das ein beträchtliches Ergebnis sei. **Man habe Deutschland die Zwangsmaßnahmen nicht notifiziert, weil sie eine Angelegenheit der Alliierten seien und Deutschland nichts angingen;** es habe sie nicht zu diskutieren. Wenn nach dem Abkommen von Paris die Deutschen seiner Ausführung Hindernisse entgegensetzten, dann werde die jetzige Regierung ihre Pflicht erfüllen und die Kammer könne sicher sein, daß das mit aller erforderlichen Strenge geschehe. Briand erklärte, wenn er die Möglichkeit hätte, außerhalb Frankreichs die gesamte französische Forderung zu mobilisieren, dann würde er das nicht tun. Die Weltmärkte könnten eine derartige Forderung unmöglich aufnehmen und wenn sie es könnten, dann müsse man vielleicht 12 bis 14 Prozent bezahlen. Die Jahreszahlungen würden gestatten, die Zukunft sicherzustellen. Man komme durch sie aus dem wirtschaftlichen Druck heraus und könne endlich eine klare Lage schaffen. In 10 Jahren werde die Lage sich bessern und in den verwüsteten Gebieten werde dann die Tätigkeit wieder aufgenommen sein. Briand sagte, die Pensionen und Reparationen seien für die kommenden Jahre sichergestellt. Man müsse bei den Alliierten Anleihen machen, um gewisse Vorteile durch finanzielle Solidarität zu erlangen. Die jetzige Regierung habe das Möglichste getan. Sie habe Vertrauen zu Frankreichs Alliierten gehabt und habe versucht, die Gemeinsamkeit der Interessen herzustellen. In vielen Fragen habe sie Befriedigung erhalten. Jetzt gehe sie nach London. Er könne aber nicht dorthin gehen, ohne die Autorität zu haben, im Namen Frankreichs zu sprechen. Wenn man ihm nicht volles und ganzes Vertrauen schenke, hätte man, wie Tardieu es gesagt habe, selbst einen vorübergehenden Bruch mit den Verbündeten ins Auge fassen können. Das sei alles, was Deutschland hätte hoffen können. (Beifall.) Wenn dieser Zustand ein oder zwei Monate gedauert hätte, wäre dann das Land nicht in seinen Hoffnungen enttäuscht gewesen? Hat es nicht schon lange genug gewartet? Wenn die Konferenz kein Ergebnis gehabt hätte, wäre das eine Katastrophe für das Land gewesen. Seine Pflicht als Franzose sei es gewesen, zu einem gemeinsamen Abkommen zu gelangen. Er habe sich nichts vorzuwerfen. Wenn die Kammer das auch glaube, dann solle sie es offen aussprechen. (Beifall.) — Der sozialistische Abgeordnete Vincenz Auriol sprach alsdann von der alliierten finanziellen Solidarität. Nach ihm wollte der Abgeordnete Xavier de Magellon das Wort ergreifen. Da das Haus aber unruhig war, verlangte er selbst Vertagung. Der Präsident befragte die Kammer. Diese erklärte, daß sie weder heute Samstag noch Montag Sitzungen abhalten wolle. Die Weiterberatung der Interpellation wird deshalb auf kommenden Dienstag Nachmittag vertagt. Die Sitzung endigte um 7 Uhr.

Das Echo der Pariser Konferenz.

Deutschland wünscht Aufklärung über das wirtschaftl. Gutachten der Ententesachverständigen.

Berlin, 5. Febr. Wie die „Vossische Zeitung" hört, hat die deutsche Regierung die Alliierten um Uebermittelung des Gutachtens ersucht, das die Ententesachverständigen in Brüssel aufgestellt haben.

Deutschland lehnt vorläufig die Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen ab.

Berlin, 4. Febr. Wie wir erfahren, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Herr Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse beschäftigt sei und dabei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Der bayrische Ministerrat zu den Pariser Beschlüssen.

Berlin, 5. Febr. Nach einer Morgenblättermeldung aus München fand dort gestern unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Kahr ein Ministerrat statt, auf dem die Richtlinien beraten wurden, die Herr v. Kahr in der Frage der Pariser Beschlüsse bei der Reichsregierung vertreten wird.

Dem „Berliner Tageblatt" zufolge wird Herr v. Kahr auf der einheitlichen Ablehnung des Pariser Diktats bestehen und keinesfalls auf eine verschiedenartige Behandlung der Reparationsfrage und der Entwaffnungsfrage eingehen. Der Ministerrat faßte einstimmig den Beschluß, daß jede andere Auffassung für Bayern unannehmbar sei.

Ein Aufruf des Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 4. Febr. Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf an die Arbeiter der Welt, in dem es heißt: Die Sklaverei der Welt, die in Afrika abgeschafft wurde, soll in Europa wieder eingeführt werden. Die europäischen Großmächte, die angeblich den Völkerbund erstreben wollen, haben ihre Einführung für ein halbes Jahrhundert beschlossen. Schwarze Soldaten, die aus dem Innern Afrikas nach Europa geholt worden sind, sollen dafür sorgen, daß die weißen Sklaven ihre Pflicht tun. Die Sklaverei wird eingeführt im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit zur höheren Ehre Gottes. Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen des Möglichen den Schaden wieder gutzumachen. Es ist nicht bereit, zum Vorteil des internationalen Kapitalismus zugrunde zu gehen. Haß und Erbitterung werden erwachsen, auch in den Herzen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang für internationale Verständigung und für Völkerverbrüderung gekämpft haben. Arbeiter der Welt, ihr habt das Wort. — Diesem Aufruf schließen sich an der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Beirat der freien Gewerkschaften.

Der Hansabund gegen die Ententeforderungen.

Berlin, 4. Febr. Der Hansabund erklärt sein Einverständnis mit der Antwort, die der Reichsminister, Dr. Simons, namens der Reichsregierung unseren Feinden auf die unerhörten Pariser Beschlüsse erteilt hat, wie auch mit den vom gesamten Reichstag, mit Ausnahme der Kommunisten, abgegebenen Erklärungen. Die in ihrer Höhe unsinnigen Zahlungsverpflichtungen, die man Deutschland auferlegen will, sind praktisch niemals erfüllbar. Die darüber noch hinaus beabsichtigte Belastung unseres Exports mit unerschwinglichen Abgaben bedroht unseren Ausfuhrhandel und damit große und wichtigste Kreise unserer Industrie mit Untergang. Sie muß Millionen von Arbeitern und Angestellten in Not und Verderben bringen. Das Verbot selbständiger Kreditoperationen mit dem Ausland endlich beraubt uns des unentbehrlichsten Mittels für eine allmähliche Gesundung unserer Finanzen und unserer gesamten Wirtschaft. Die angedrohten Zwangsmaßnahmen würden den Völkerhaß verewigen und das friedliche Zusammenarbeiten der Völker, die Vorbedingung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas und der Welt für immer un-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

möglich machen. Der Hansabund als Vertreter leitender Kreise von Gewerbe, Handel und Industrie in Deutschland richtet an die Reichsregierung und den Reichstag die dringende Bitte, daran festzuhalten, daß für Deutschland jedes Verhandeln über die Pariser Beschlüsse in ihrer heutigen Form aus wirtschaftlichen Erwägungen zwecklos und untunlich und aus Gründen der nationalen Ehre und Würde ausgeschlossen ist.

Eine Kundgebung der Berliner Handelskammer.

Berlin, 4. Febr. Die Handelskammer zu Berlin faßte in ihrer gestrigen Vollversammlung eine Entschließung, worin erklärt wird, die ungeheuere Höhe der neuen Ententeforderungen stehe in unbegreiflichem Widerspruch zu der dem deutschen Volk versprochenen Völkerversöhnung, wie der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Die angedrohte Handelskontrolle ist ehrverletzend und birgt den Todeskeim für den deutschen Export in sich. Im Augenblick der sich anbahnenden Gesundung erschlägt der verhängnisvolle und unmenschliche Plan der Entente den Unternehmungsgeist und die Arbeitsfreudigkeit Deutschlands. Die Kammer billigt mit größtem Nachdruck die Erklärung der Reichsregierung gegen eine solche Politik, die zum Ruin Deutschlands und zum Zusammenbruch des ganzen kontinentalen Europas führen muß.

Weitere italienische Stimmen.

Rom, 4. Febr. Gegen die Pariser Konferenzbeschlüsse tauchen in der italienischen Presse immer mehr Bedenken auf. Besonders lebhafte Besorgnis rufen die Ausfuhrangaben hervor, die zwar einen guten Schutz der englischen und französischen Industrie zu bilden versprächen, die aber für die industriell weniger stark entwickelten und daher mehr von der Einfuhr abhängigen Länder, darunter vor allem für Italien, recht unangenehme Folgen haben könnten. Deutschland, so sagt man, werde notgedrungenerweise seine Preise um die Abgabe erhöhen müssen und Italien mit seinem großen Bedarf deutscher Produkte werde infolgedessen einen beträchtlichen Teil der Abgaben zu tragen haben, die dann zu neun Zehnteln in den Taschen der großen Verbündeten endigten. „Corriere della Sera", „Tribuna", „Popolo Romano", „Messaggero" und „Idea Nazionale" machen einstimmig auf diese recht bedenkliche Pariser Errungenschaft aufmerksam. Die italienische Presse ist übrigens der Anschauung, daß die Beschlüsse der Pariser Konferenz nicht endgültig seien, wenn man überhaupt die Absicht haben sollte, einmal zu einem geordneten Friedenszustand zu gelangen.

Die Auffassung der spanischen Presse.

Madrid, 4. Febr. Ueber die Pariser Beschlüsse schreibt die „Tribuna": Während die Pariser offiziellen Elemente sich gegenseitig zu dem Erfolg der Besprechungen beglückwünschen, ist die halbe Welt darüber entsetzt und entrüstet und kann nicht verstehen, wie es Lloyd George fertig gebracht hat, nach seinem anfänglichen Widerstand gegen die französischen Forderungen jetzt, wenn auch zum Nutzen seines Landes, so wahnsinnige Beschlüsse zu unterschreiben — „Imparcial" sagt: Wenn man den Markkurs in Betracht zieht, so ergibt sich das Resultat, daß die schon ungeheuren Hunderte von Milliarden sich in fabulöse Ziffern von Billionen verwandeln. Solche Zahlen könnte man ruhig hinnehmen, wenn sie als Rechenübungen von Kindern in einer Schule gebraucht würden, aber wenn bedeutsame Persönlichkeiten solche Summen aufstellen und auf Grund der Annahme, daß Deutschland sie zahlen muß, Anleihen im Ausland aufbringen wollen, kann man über ein derartiges Vorgehen nur lachen. — „A. B. C." schreibt: Jedenfalls vermag man nicht zu verstehen, wie von jedem Deutschen ob klein oder groß, arm oder reich, jährlich 50 000 M gefordert werden können. Wenn diese Tausende von Millionen, welche die Alliierten fordern, in der Tat realisierbare Werte wären, so würde daraus folgen, daß **der Krieg ein glänzendes Geschäft für die Alliierten gewesen wäre** und daß die Gefahr besteht, daß sie Gefallen daran finden und die Operation wiederholen.

Der frühere englische Ministerpräsident Asquith zur Reparationsfrage.

Wolverhampton, 4. Febr. Asquith erklärte gestern in einer Rede, er sei skeptisch gegenüber dem Reparationsplane der Pariser Konferenz, der sein Ziel nicht erreiche und auf den englischen Handel eine Rückwirkung haben werde, die man nicht wünsche.

Ausland.

Giolitti über die innere und äußere Lage.

Rom, 3. Febr. (Deputiertenkammer.) Giolitti erklärte in Beantwortung der Interpellationen über die innere Politik, er habe niemals beabsichtigt, gegen die soziale Bewegung in Italien mit Gewalt vorzugehen. Die Inbesitznahme der Betriebe habe den Arbeitern die Unmöglichkeit bewiesen, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Leitung der Betriebe zu übernehmen. In Fiume mußte man Gewaltmittel anwenden, galt es doch die Vorbereitung eines neuen Krieges zu verhindern. Er glaube, den Frieden endgültig gefestigt und jede Möglichkeit zu Abenteuern beseitigt, eine auf aufrichtiger Freundschaft mit allen Völkern und aufrichtigem Vertrauen zu den Verbündeten sich aufbauende äußere Politik begründet und die Grundlagen eines gesicherten Zustands auch in der inneren Politik geschaffen zu haben. Was Rußland angehe, so glaube er, daß die Kommunisten einer großen Enttäuschung entgegengehen, denn die russischen Bauern, die Landeigentümer geworden sind, bleiben die Grundlage einer bürgerlichen Gesellschaft. — Giolittis Ausführungen wurden von allen Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken mit Beifall aufgenommen.

Der irische Freiheitskampf.

Paris, 4. Febr. Nach einer Havas-Meldung aus Dublin wurden in Pallas Green bei Lemerick Polizisten in einen Hinterhalt gelockt. Neun Polizisten seien getötet und zwei verwundet worden. Auch in Tullowdeg (Grafschaft Carlow) sind vier Polizisten in einen Hinterhalt gelockt worden, wobei zwei getötet und einer verletzt wurde. — Jetzt wird Havas für die Stimmungsmache gegen Irland verwendet.

Die indische Freiheitsbewegung.

Paris, 4. Febr. Der „Matin" meldet aus Kalkutta: Anläßlich der Eröffnung des gesetzgebenden Rates durch den Herzog von Connaught haben die indischen Agitatoren, die das Zusammengehen mit der englischen Verwaltung ablehnen, in Kalkutta Versammlungen abgehalten und Anträge angenommen, in denen die neue Verfassung verurteilt wird. In einer dieser Versammlungen fordert Mohamed Ali seine Landsleute auf, mit ihm zu sterben, weil durch ihren Tod Indien befreit werden würde.

Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 3. Febr. Der Reichstag befaßte sich heute mit dem Entwurf eines **Wehrgesetzes**. Dabei betonte Reichswehrminister Geßler die Notwendigkeit unbedingter Sicherstellung der Disziplin, mit der das Bundeswesen nicht vereinbar sei. Das passive Wahlrecht sei den Angehörigen der Wehrmacht keineswegs genommen. Die Beförderung zum Offizier müsse von der Bildung abhängig gemacht werden. Das Offiziersproblem werde nicht dadurch gelöst, daß alte Unteroffiziere einfach zu Offizieren gemacht werden. Der Offizier müsse vor allem erzieherische Eigenschaften haben. Im Ausschuß könnten die Einzelheiten besprochen werden. Die Reichswehr dürfe keine Parteisache sein, sondern müsse zur Angelegenheit der ganzen Nation werden damit wir zu einem wahren Volksheer kommen. Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern verwiesen und darauf die Novelle zum Mehrsteuergesetz in allen drei Lesungen angenommen. Das Gesetz über den Waffengebrauch des Grenzpersonals wurde einem Ausschuß überwiesen. Bei der dann folgenden dritten Beratung des **Gesetzes betreffend Vorlegung der Betriebsbilanz an die Betriebsräte** wurden die Beschlüsse der zweiten Lesung gutgeheißen, nachdem ein Antrag derb ürgerlichen Parteien, der eine Verpflichtung zur Vorlage der Bilanzunterlagen nicht vorsah, abgelehnt worden war. Es folgte die Beratung des gemeinsamen Antrags der Koalitionsparteien und der Mehrheitssozialisten, zur **Förderung des Wohnungsbaus** für die Zeit bis 1940 für alle vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude eine **Abgabe zu erheben**, wobei die Länder berechtigt sein sollen, anstelle dieser Abgabe Zuschläge zur Steuer vom Grundvermögen treten zu lassen. Nach längerer Debatte wurde der Gesetzentwurf in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen unter Ablehnung aller übrigen Anträge. Das Haus besprach schließlich eine Interpellation über die Haferbewirtschaftungsverordnung vom Dezember v. Js., deren Notwendigkeit ein Regierungsvertreter begründete. Während von sozialistischer Seite das Vorgehen der Regierung gebilligt und von unabhängiger und kommunistischer Seite die Landwirtschaft angegriffen wurde, wurde die Verordnung von den anderen Parteien mehrfach scharf kritisiert. Die nächste Sitzung beginnt morgen vormittag 11 Uhr, wobei Anfragen, Interpellationen und kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung stehen.

Der Entwurf eines Reichsmietengesetzes.

Berlin, 4. Febr. Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Reichsmietengesetzes zugehen lassen. Der Entwurf legt unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens feste Regeln für die Berechnung einer gesetzlichen Miete fest. Der Berechnung der Miete wird die Friedensmiete (Juli 1914) zugrunde gelegt. Steigerungen, die nur insofern erfolgen dürfen, als sie durch erhöhte Betriebs- und Instandsetzungskosten notwendig geworden sind, werden von der Gemeindebehörde allgemein festgesetzt werden. Ueber die Kosten für Warmwasserversorgung und über die Berechnung der Miete im Falle der Untervermietung sind besondere Bestimmungen getroffen. Neubauten sollen den Vorschriften des Entwurfs nicht unterliegen, da hierdurch der Anreiz der Bautätigkeit vermindert werden könnte.

Neuorganisation des Reichsfinanzministeriums.

Frankfurt a. M., 4. Febr. Wie die „Frankfurter Zeitung" von gut unterrichteter Seite hört, steht eine vollständige Neuorganisation des Finanzministeriums bevor. Unter anderem werde die Aufhebung der Personal- und Verwaltungsabteilung geplant. Sie soll in den Abteilungen für Zölle und Steuern aufgehen. In der Beamtenschaft glaubt man in diesem Vorhaben den ersten Schritt auf dem Wege zur Aufhebung der Landesfinanzämter zu sehen.

50. Geburtstag des Reichspräsidenten.

Berlin, 4. Febr. Die Mitglieder des Reichskabinetts sprachen heute unter Führung des Reichskanzlers bei dem Reichspräsidenten vor, um ihm zu seinem 50. Geburtstage ihre Glückwünsche auszusprechen.

Karl Hauptmann †

Hirschberg i. Schl., 4. Febr. In der vergangenen Nacht ist der Dichter Dr. Karl Hauptmann, der Bruder Gerhard Hauptmanns, in Schreiberhau an Herzschwäche gestorben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. Februar 1921.

Vom Rathaus.

In der Gemeinderatssitzung am Donnerstag legte **Stadtschultheiß Göhner** einen neuen **Bebauungsplan vom Kapellenberg** vor. Der Plan ist sehr übersichtlich und tadellos ausgeführt und soll an Interessenten um den Betrag von 20 M abgegeben werden. — Adolf Reich hat ein Baugesuch eingegeben zur Erstellung eines Schuppens gegenüber seinem Wohnhaus an der Inselstraße. Das Gesuch sieht eine Ueberbäuung der der Stadt gehörigen Feuergasse vor. Das Kollegium anerkannte die Notlage des Gesuchstellers, der für seine Wagen eine Unterkunft schaffen muß, konnte aber trotzdem seine Zustimmung nicht erteilen, da die Feuergasse unter allen Umständen offen bleiben muß. Dagegen wird dem Gesuchsteller in der Weise entgegengekommen, daß er seine Dungstätte überbauen und mit dem Schuppen bis an den Feuergang heranrücken darf. — Das **Stadtbauamt** hat Offerte für Schotterarten eingeholt. Die Preise sind frei Marktplatz gerechnet. Beim Schotterwerk Ispringen kommt der Kubikmeter Kalksteine auf 90 M, bei Straub in Enzberg auf 77 M, bei der Verkaufsvereinigung württembergischer Steinwerke in Vaihingen-Stuttgart auf 81 Mark und beim Schotterwerk Calw auf [illegible] M. Daraus geht hervor, daß das städt. Schotterwerk am billigsten liefert. Der Gemeinderat beschließt deshalb den Preis für 1 Kubikmeter Schotter ab Steinbruch auf 40 M festzusetzen. Porphyrschotter stellt sich auf 102—107 M der Kubikmeter. Die Bestellung von je 2 Wagen Schotter bei Straub und dem Verkaufsverein wurde gutgeheißen. — Bei dem Umbau des Eisenhardtschen Hauses zu einer **Jugendherberge** haben sich noch einige weitere Umbauten als notwendig erwiesen. Die Mehrkosten von 2500 Mark werden bewilligt. — Oekonom Oettinger sucht zu einem Umbau an seiner Scheuer um 7 Festmeter Bauholz nach. Das Gesuch wird trotz einiger Bedenken und Einreden zum Preis von 200 Proz. der Taxe pro Festmeter genehmigt. — Dem **Ziegenzuchtverein** wurde der Beitrag von 150 M zu seiner Ausstellung bewilligt. — Auf ein Gesuch von Hotelier Ziegler zum Waldhorn betreffs einer besseren Zugsverbindung von Pforzheim nach Horb und umgekehrt richtete der Gemeinderat eine dringende Eingabe an die Eisenbahndirektion um Erfüllung eines notwendigen Eisenbahnverkehrs für die Bewohner des Nagoldtales.

Vortrag.

General von François, der als Führer des I. Armeekorps an der Schlacht von Tannenberg hervorragenden Anteil genommen hat, hält zur Zeit Vorträge in Württemberg und wird nächsten Dienstag auch hier in Calw sprechen. Die Berichte rühmen einstimmig die meisterhafte Schilderung der Operationen, die zu dieser Entscheidungsschlacht geführt haben und die von warmer Vaterlandsliebe getragenen Ausführungen des ruhmreichen Führers. General von François ist in weiten Kreisen bekannt geworden durch sein Buch „Marneschlacht und Tannenberg", das gegen die damalige Oberste Heeresleitung, speziell wegen der Führung der Marneschlacht, schwere Vorwürfe erhebt, aber die entscheidenden militärischen Fragen in hervorragender, lichtvoller und klarer Weise darstellt.

Otto Keller-Abend.

Otto Keller, der bekannte schwäbische Dichter, dessen Werke in keinem württembergischen Hause fehlen dürften, über dessen „Sacha ond Sächla" zum Lacha ond Lächla wohl schon jeder herzlich zu lachen Gelegenheit hatte und dessen Volkslied „O dees wär schee" in allen Variationen zum Allgemeingut der Schwaben geworden ist — wird am 15. Februar einen Vortragsabend in Calw geben. — Wie in allen anderen Städten, wo der beliebte Landsmann sich hören läßt, so wird zweifellos auch hier diesem Abend großes Interesse entgegen gebracht werden. Der Vorverkauf der Karten befindet sich in Händen der Buchhandlung Ernst Kirchherr.

Zusammenkunft der Angehörigen des ehemal. Inf.-Reg. Altwürttemberg Nr. 121.

* Wie uns mitgeteilt wird, fährt anläßlich der morgigen Zusammenkunft in Ludwigsburg ein Sonderzug Renningen—Ludwigsburg mit folgenden Abfahrzeiten: Ab Renningen vorm. 8,07 Uhr, Leonberg 8,19, Ditzingen 8,31, Korntal 8,38, Zuffenhausen 8,52, an Ludwigsburg 9,09 Uhr. Die nicht aufgeführten Stationen haben entsprechende Abfahrzeiten.

Rohrbach über die politische Lage.

(SCB.) Tübingen, 2. Febr. Auf Veranlassung des Akademisch-sozialwissenschaftlichen Vereins sprach der bekannte Politiker Dr. Paul Rohrbach über Deutschland, das osteuropäische Problem und die gegenwärtige allgemein-politische Lage Deutschlands. Er ist auf Grund vieler Berichte von Augenzeugen aus Sowjetrußland der Ansicht, daß hauptsächlich infolge der Verkehrsnot das Ende der bolschewistischen Herrschaft nicht mehr fern, ja für dieses Jahr noch zu erwarten sei. Nach dem Sturz des Sowjetregimes werden wohl die großen bäuerlichen Genossenschaften den Kern einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung bilden, als Ergebnis der Entwicklung sieht Rohrbach eine großrussische Bauerndemokratie. Das Problem der Wiederherstellung Rußlands sei das Problem der Ukraine. Der Zusammenbruch des Bolschewismus in Rußland werde günstige innerpolitische Wirkungen in Deutschland auslösen, insofern als der deutsche Kommunismus in den Zusammenbruch hineingezogen, dadurch der Mehrheitssozialdemokratie der Weg zur Beteiligung an der Regierung geebnet und so wieder eine aktionsfähige Regierung ermöglicht werde. Das Problem des Westens sei die Herbeiführung der Revision des Friedensvertrags. Diese sei niemals auf dem Weg des Verhandelns mit den jetzigen Ententeregierungen zu erreichen, sondern nur auf Grund von Neuwahlen in England und Frankreich. Dazu muß die deutsche Regierung mithelfen, indem sie die Schuldfrage, den Grundpfeiler des ganzen Vertragsgebäudes, zur Debatte bringt und eingehendes Material in den feindlichen Ländern verbreitet. So wäre es möglich, daß in England bald ein Umschwung in der öffentlichen Meinung aufkommt. In Frankreich sieht Rohrbach eine andere Entwicklung kommen. Wenn jetzt unsere Regierung auf die neuen Pariser Beschlüsse hin an einem „Nein" festhalte und dann die Franzosen das Ruhrgebiet besetzen, unsere Industrie vernichten, Hunderttausende von Deutschen Hungers sterben (!), werden auch eines Tages die französischen Staatsmänner einsehen, daß sie so keine Zahlung von Deutschland erhalten können. So bald sie dies dem Parlament erklären, werde ein Sturm losbrechen und die Regierung hinwegfegen. Dann breche eine Zeit friedlichen Zusammenlebens mit Frankreich an.

Landtag.

(SCB.) **Stuttgart**, 4. Febr. In der Nachmittagsitzung des Landtags wurde die Beratung des Justizetats zu Ende geführt. Zunächst brachte Abg. Bickes (D. V.) einige Sonderwünsche vor, lehnte eine Amnestie ab und erklärte das Vorgehen des Amtsrichters Wieland (Vorträge gegen die Ohrenbeicht in der katholischen Kirche) als taktlos. Justizminister Bolz gab ein erschöpfendes Bild über die Geschäftsverwaltung seines Ministeriums. Er zeigte, wie groß die Arbeit geworden ist, wie die Aufgaben drängen und wie das Personal vielfach nicht ausreicht. Er wandte sich dabei gegen alle Anwürfe und Anklagen mit großem Geschick. Auch die Affäre Wieland wurde beleuchtet. Nach den Erhebungen des Landgerichtspräsidenten ist zu einem disziplinaren Vorgehen kein Anlaß. Damit ist der Fall erledigt. Eine Amnestie darf nicht erlassen werden, die Todesstrafe bleibt bestehen. Acht Todesurteile sind in Württemberg noch unerledigt. Von einer gesunden Rechtspflege hängt das Wohl und Gedeihen des Staates ab. Abg. Haußmann (D. d. P.) anerkannte die verdienstvolle Tätigkeit des Justizministers, brachte einige Wünsche vor und wandte sich scharf gegen die unerhörten Beleidigungen des Kommunisten Müller. Abg. Bock (Ztr.) wandte sich gegen die Beseitigung des Abtreibungsparagraphen, zeigte, daß die Parität in den Ministerien noch nicht ganz durchgeführt sei und erklärte, daß das Vorgehen Wielands die Treue der katholischen Bevölkerung zur Kirche nicht könne. Bei der Abstimmung wurden die Sonderanträge der Unabhängigen, die eine politische Amnestie, die Vermehrung der Lehrerstellen und die Streichung der Stellen der Hausgeistlichen an den Strafanstalten verlangten, gegen die Stimmen der Soz., U. S. P. und K. P. D. abgelehnt und dem Etat der Justizverwaltung mit einem Aufwand von 53 Millionen Mark von den bürgerlichen Parteien zugestimmt. Schluß der Sitzung 8¼ Uhr. — Samstag 9 Uhr: Etat des Ministeriums des Innern.

Französische Unverfrorenheit.

(SCB.) **Stuttgart**, 3. Febr. Ein französisches Theaterunternehmen in Vincennes bei Paris hat bei der Stadtverwaltung Stuttgart um die Erlaubnis gebeten, Vorstellungen französischer Schauspieler geben zu dürfen. Die Polizeidirektion hat das vom 20. Dezember v. Js. datierte Schreiben überhaupt nicht beantwortet, sondern nur dem Ministerium des Innern den Sachverhalt mitgeteilt, da es nicht unwahrscheinlich ist, daß auch andere Städte eine ähnliche Anfrage erhalten haben bzw erhalten werden.

*

(SCB.) **Stuttgart**, 4. Febr. Im Gemeinderat erhob Oberbürgermeister Lautenschlager schärfsten Protest gegen die Pariser Beschlüsse, die unsere Kinder und Kindeskinder in Sklavenketten schlagen. — Für Wohnungsbauten wurden 13,2 Millionen Mark bewilligt. Es sollen 343 neue Wohnungen erstellt werden.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Am Montag, den 7. Februar, werden auf dem Rathaus Zimmer Nr 8 Fleischkonserven Corned Beef ausgegeben. Reihenfolge wie bei der Brotkartenausgabe. Preis für 1 kleine Dose M. 5.80. Preis für 1 große Dose (6 Pfd englisch) Mk. 47.—. Es erhalten 1 Person 1 kleine Dose, 2—3 Personen 2 kleine Dosen, 4 u mehr Personen 1 große Dose. Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

Am Dienstag, den 8. Februar, vormittags von 9–12 Uhr werden im Keller der Wanderarbeitsstätte und im Keller der früheren Brauerei zur „Linde" Kartoffeln an Minderbemittelte ausgegeben. Preis für 1 Zentner Mk. 20.—. Die Karten sind von 8—9 Uhr auf dem Rathaus Zimmer Nr 8 zu lösen.

Bezirksarbeitsamt

(für die Oberamtsbezirke Calw u. Nagold)

Lederstraße 161 — Fernruf 109

Offene Stellen:

a) für männliche Personen:
1 jüngerer Huf- u. Wagenschmied
1 Pferdeknecht (20–25 Jahre alt
2 Viehfütterer

b) für weibliche Personen:
mehrere Dienstmädchen
1 Köchin
1 Serviersfräulein

Offene Lehrstellen für:

1 Buchbinderlehrling
2 Bäckerlehrlinge
1 Bild- u. Steinhauerlehrling
1 Gärtnerlehrling
1 kaufm. Lehrling
2 Kettenmacherlehrlinge
1 Küferlehrling
1 Malerlehrling
2 Schmiedelehrlinge
1 Schreinerlehrling
1 Wagnerlehrling

Eintritt sofort oder aufs Frühjahr.

Calw, den 4. Februar 1921.

Verwalter: Proß.

Städtische Bekleidungsstelle Pforzheim, Barfüßergasse 6.

Wegen Räumung des gesamten Warenlagers verkaufen wir zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen

Herren- u. Burschen-Anzüge

in den Preislagen von

200, 250, 300, 400 bis 500 Mk.

Arbeits-Hosen zu 55 Mk.

Neue Herren-Stiefel zu 115 Mk.

Verkaufszeit täglich von 9–1 und 3–6 Uhr

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Wegzug verkaufe ich am **Dienstag, den 8. Februar, vorm. 9 Uhr**, im Hause Nonnengasse 134, gegenüber dem Volkskaffee, gegen Barzahlung:

1 pol. u. 1 lack. Kleiderkasten, 2 pol. Bettladen mit Röste, 1 Sofa, 1 Tisch, Sessel und Stühle, 1 Küchenkasten, 1 lack. Kommode, 1 Nachttischle, 1 Fäßle, 65 Ltr., etwas Küchengeschirr.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

Hoher Verdienst!

Wir suchen

tüchtige Vertreter,

die in der Lage sind, ein kleines Lager in techn. Oelen und Fetten für Landwirtschaft und Industrie auf eigene Rechnung zu übernehmen.

Reinhardt & Co., Stuttgart, Vogelsangstr. 50

Gechingen

Laub- Stamm- holz-Verkauf.

Aus dem Gemeindewald Dachslerberg, Torwartsgrund Lichte und Finsterschlag kommen am Donnerstag, **9. Febr. ds. Js.**, an Ort und Stelle im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

34 Stück Bau- und Wagnereichen
mit Fm. 1,91 I., 9,53 II., 2,25 III., 2,23 IV., 3,01 V., 0,54 VI. Klasse.

38 Rotbuchen
mit Fm. 1,41 I., 2,77 II., 9,48 III., 8,16 IV., 0,40 V. Klasse.

8 Birken
mit Fm. 1,31 V., 0,74 VI. Klasse.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.

Den 1. Februar 1921

Schultheißenamt: Schmidt.

Bondorf i. G.

Deck-Anzeige.

Der Kaltblutpferdezuchtverein „Oberes Gäu" hat für die Deckperiode 1921 bei Hengsthalter Chr. Bruckner hier

3 angekörte belgische Zuchthengste

aufgestellt; welche auch von Nichtmitgliedern des Vereins benützt werden können.

1. **Markgraf**, Hellfuchs mit Bläße, (rhein.-belg.),
2. **Goliath**, Kohlfuchs mit Bläße, „
3. **Leander**, Braun mit Schnippe, „

Der Vorstand: Wilh. Hiller.

Einen Posten Stoffe

für Mäntel und Frauenröcke

wird billigst abgegeben.

Angebote unter P. S. 100 postlagernd Calw.

Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

In der Nachlaßsache der verst. Frln. **Julie Wagner**, Privatiere hier kommt die vorhandene Fahrnis in der Wohnung derselben **Teuchelweg 618 III. St.** am

Mittwoch, den 9. ds. Mts.

öffentlich zur Versteigerung und zwar:

von vormittags 9 Uhr an:

Gold- und Silbergeschirr: worunter 1 silberne Damenuhr, verschiedene Bestecke; **Bücher in englischer Sprache; Frauenkleider:** worunter 2 Mäntel, 7 farbige Kostüme, 9 Blusen, verschiedene Jacken, Hemden, Hosen, Strümpfe; **Betten u. Leinwand:** worunter 2 vollständige Betten, verschiedene Bettbezüge, Handtücher, 2 große Bodenteppiche; **Küchengeschirr.**

von nachmittags 1½ Uhr an:

Schreinwerk: worunter 1 eichenes Klavier, 1 weißlackierter Kleiderkasten m. Spiegel 1 eichener Kleiderkasten mit Spiegel, 1 Büfett, 2 eichene Bücherschränke, 1 Damenschreibtisch, 1 Waschtisch, verschiedene andere Tische; 1 Rips-, 2 Korb-Sofa, Sessel, Stühle, 1 Küchenbüfett, allerlei Hausrat, worunter verschiedene Spiegel und Bilder.

Den 2. Februar 1921.

Gerichtsnotar Krayl.

Forstamt Hirsau.

Nadelholzstangen-Verkauf.

Am **Montag, den 14. Febr. 1921, Nachmittags 2 Uhr** im Rößle in Hirsau aus Staatswald IV. Altburgerberg Abtl. 5 Altburgersteig 11 Mühder V., Lützenhardt Abtl. 5 Langriß 9 Heidelbergle 39 Langemauer 2 Kohlberg, VII Weckenhardt Abtl. 30 Ob. Höllgrund **Fichten:** 1378 Baustangen I.-III. Kl. 1429 Hagstangen I.-III. Kl. 296 Hopfenstangen I.-V. Kl. 45 Rebstangen I. Kl. **Tannen** 705 Baustangen I.-II. Kl. 279 Hagstangen I.-III. Kl. 81 Hopfenstangen I. Kl.

Losverzeichnisse von der Forstdirektion G. f. H. Stuttgart.

Gesucht nach Stuttgart ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

das gut kochen kann sowie ein

Kinderfräulein.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes und auf dem Arbeitsamt.

Erdkraft!

Die Schwäb. Heilerde heilt **Erkältungen aller Art, Darmträgheiten, Hautkrankheiten, Frauen- u. Kinderkrankheiten, Wundenverbrennungen**

Merkblatt u. Ratgeber M 1.80

Zu haben bei:

Apotheker **Hartmann Calw**,
Kaufmann **Schmid Hirsau**,
„ **Malletsch Liebenzell**,
„ **Gehring Ostelsheim**.
E.-Tablettenin allen Apothek.

Welschkorn

ganz

Welschkornmehl

Welschkorngries

empfiehlt billigst

F. Nonnenmacher.

Gutkochende

Linsen
Erbsen
Dörrobst
Gelberüben
Orangen
Zitronen
Feigen
Meerrettich

sowie 4—500

Reisig-Besen

empfiehlt

Röhm-Dalcolmo.

Ein erstklassiges, zum erstenmal 8 Wochen trächtiges

Mutter-Schwein

verkauft

Stoz, Pflästerer.

Oberamtssparkasse Calw.

Gemeinnützig und mündelsicher.

Mit Genehmigung des Bezirksrats wurde der

Einlagehöchstbetrag auf Sparbuch

wie folgt festgesetzt:

1. für **Private** auf **30 000 Mk.**
2. für **öffentl. Körperschaften** auf **60 000 Mk.**

Spar-, Giro- und Scheckverkehr.
Hypotheken-, Renten-, Lombard-Darlehen. – Güterzieleranhauf.

Verwaltung, Verwahrung } von Wertpapieren.
Ein- und Verkauf }

Eugen Wildbrett

Naturheilpraktiker

wohnt von heute ab im

Gasthof zum Waldhorn

parterre

in Bad Liebenzell.

Sprechzeit von ½1 – 5 Uhr Nachm.

Zahn-Praxis von F. Lück Bad Liebenzell

Sprechstunden: von 9—12 Uhr und 2–5 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen sowie Samstags Nachmittag geschlossen. **Fernsprecher Nr. 52.**

Einen neuen

Divan

hat zu verkaufen,

H. Zerweckh Sattler, Bad Teinach.

Guterhaltenen

Sport-Liegewagen

zu kaufen gesucht.

Lederstraße 158.

Alle Musikinstrumente

für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten u. s. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curth,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedaisch-Roßbrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Pfannkuch & Co.

Gebrannter

Kaffee!

Feinste Bourbon-Mischung, offen

Pfund Mark **24.—**

Pfannkuch & Co.

Telefon 45.

Schöner

Konfirmanden-Anzug,

sowie

Konfirmanden-Stiefel

sind zu verkaufen.

Untere Brücke 183.

Wandkalender

mit Verzeichnis der Märkte des Bezirks und der Nachbarbezirke

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Musik-Schule Calw.

Direktion: OTTO FROMM, Kapellmeister.

Samstag, den 12. Februar 1921, abends ½8 Uhr findet ein

Schüler-Konzert

unter Mitwirkung von

Frau Marie Fromm (Gesang)

im Saale des „Badischen Hofes" statt.

Eintrittskarten à 2.— Mk. (Schülerkarten 1.—) sind in der Buchhandlung von Ernst Kirchherr zu haben.

Dienstag, 15. Februar, 7½ Uhr, Bad. Hof-Saal. in Calw

Einmaliger

Otto Keller-Abend

Ernstes u. Heiteres aus eigenen Werken.

Die Presse schreibt: „Ein schwäbischer Dichter der das Herz auf dem rechten Fleck hat.

Karten zu 4.40, 2.20. 1.10 in der Buchhandlung Ernst Kirchherr, Badstrasse.

Bessere Privat-Tanzstunde

moderner Gesellschafts-Tänze.

Damen und Herren von Calw und Umgebung, welche unserem Mitte Februar beginnenden Anfänger-Privat-Lehrkurs zugeteilt zu werden wünschen, bitten wir, sich in die aufgelegte Liste in Calw bei Frl. Helene Fischer, Badstraße 366 sowie im Bad. Hof einzeichnen zu wollen.

Karl Setzer und Frau, Stuttgart

Privat-Tanzlehr-Institut, Alexanderstr. 22.

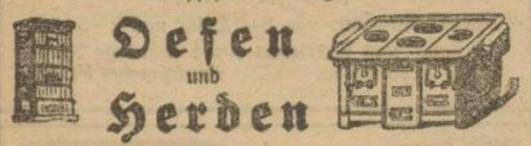
Rechenmacher!

Bei der Versammlung am 2. Februar wurden folgende Preise für Rechen festgesetzt:

ein neuer Rechen	Mk. 8.—
ein neues Haupt	Mk. 5.50
eine neue Stange samt Bögle	Mk. 3.50

Sämtliche Rechenmacher.

Empfehle mein Lager in



Oefen und Herden

Herd- u. Oefengeschäft Karl Forstbauer, Bad Liebenzell.

Auch ist ein gebrauchter altdeutscher **Platten-Ofen** zu verkaufen.

Unsere für den Leonberger Pferdemarkt bestimmten Transporte, eine große Auswahl

Belgier-, Oestreicher- und Pinzgauer

Pferde

leichten, mittleren und schweren Schlags, darunter

erstklassige Zucht-Stuten

sind bei uns eingetroffen.

Die Pferde stehen ab **Montag Mittag** in den Stallungen des

Gasthauses zum Lamm in Ditzingen,

während des Markttags

gegenüb. der Löwenapotheke in Leonberg

J. u. S. Kufiel, Pferdehandlg.,

Seestr. 49. **Ludwigsburg** Telefon 115.

Lichtbildervortrag

nächsten Dienstag, 8. Februar, abends 8 Uhr im „Badischen Hof" über

„Die Schlacht bei Tannenberg"

von

General der Inf. von François.

Eintrittspreis 3 Mark, für Schüler 1.50.

Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß der W. Bürgerpartei Ortsgruppe Calw.

Lichtspieltheater Badischer Hof.

Morgen Sonntag, Mittag 3 Uhr und abends 8 Uhr:

Hyänen auf dem Schlachtfelde des Lebens

I. Teil:

Das Abenteuer auf der Store Strandstreede 7.

Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Leo Koffler.

Als Beiprogramm:

Dally nachtwandelt.

Monakam.

Am Sonntag, den 6. Februar, findet in Monakam

im Gasthaus zum „Löwen"

große

Hundeschau

statt. Zu recht zahlreichem Besuch laden freundlichst ein

mehrere Hundefreunde.

Von Montag, den 7. ds. Mts. ab, von vormittags 8 Uhr an steht in unseren Stallungen

in Wildberg

im Gasthaus zum „Hirsch"

ein sehr großer Transport

erstklassige, starke, junge

Milchkühe, trächt. Kühe (Schaff-Kühe),

eine große Auswahl starke,

hochträchtige Kalbinnen,

ein erstklassiger, rittfähiger

Zucht-Farren,

sowie schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlichst einladen

Hermann Hopfer,

Salomon u. Max Löwengart.

Das Vieh stand unter Beobachtung.

Eichene Wohn- und Schlafzimmer sowie einzelne Möbel

hat preiswert zu verkaufen

Fr. Mitschele, Gechingen.

Fernsprecher Nr. 5.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr

Montag, 7. Febr. ½4 Uhr,

P. K.

mit Frauen im Hirsch.

Pfannkuch & Co.

Teigwaren

Spaghetti Pfund Mark	9.50
Hörnle Pfund Mark	9.50
Suppen-Einlagen Pfund Mark	9.50
Breite Nudeln Pfund Mark	9.—
Mischobst Pfund Mark	4.—
Apfelschnitz Pfund Mark	4.—
Birnschnitz Pfund Mark	4.—
Zwetschgen Pfund Mark	5.—
Eßfeigen Pfund Mark	6.—

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Schwarzenberg.

Verkaufe meinen 8jährig. Apfel-

Schimmel

gut im Zug, guter Gänger, sowie eine guterhaltene

Futter-schneidmaschine

für Hand- und Kraftbetrieb.

Mich. Keck.

Unterhaugstett.

Setze 1 schönes erstklassiges

Zucht-Rind

dem Verkauf aus.

Joh. Rentschler, Holzh.

Monakam.

Eine zum 3. mal 36 Wochen trächtige Nutz- und Schaff-

Kuh

verkauft

Jakob Schroth, z. Löwen.

Beinberg.

Eine 26 Wochen trächtige schwere

Nutz- u. Fahr-

Kuh

setzt dem Verkauf aus.

Christian Rentschler.

Marie Mönch

Friedrich Huber

Verlobte

Bieselsberg Unt. Mühle — Unterreichenbach

Februar 1921

Sommer-Hüte

zum Umfassonieren auf neueste Formen werden angenommen bei

Emilie Dollinger

vorm.: E. Kleinbub.

Hemdenflanelle Schürzen- und Kleiderzeuge Unterrockstoffe schwarze Kleiderstoffe Bettbarchent Anzug-Stoffe

empfiehlt in guter Qualität

G. Schwarz, Gechingen.

Ab Montag, den 7. Februar, steht ein großer Transport

schöner, rittfähiger Zucht-

Farren,

sowie ein Paar gutgewöhnte

Zug-Stiere

in meinen Stallungen zum Verkauf.

Liebhaber sind eingeladen.

Rubin Schwarz, Horb a. N.

Ein Paar neue, starke

Gebirgs-Stiefel

Größe 27 hat zu verkaufen

P. Schühle, Badstraße 346.

Althengstett.

Ein jähriges Mutter-

Schaf

verkauft

Jakob Schöffler.

Dachtel.

2 trächtige

Ziegen,

1- und 2jährig,

2 Kinderbettladen,

(1,30 und 1,10 Meter lang) gut erhalten

1 Butterfaß,

ein Paar neue

Kinderstiefel,

Nr. 26, setzt dem Verkauf aus

Marie Widmaier.

Zu verkaufen:

1 starken, 2rädrigen

Wagen,

1 Flaschenzugseil mit Zubehör,

1 Hebgeschirr,

1 Handramme.

Calw, Badstraße 357, Erdgeschoß.

Schönen Anzug

und ein Paar

Stiefel

für Konfirmanden, sind zu verkaufen.

Untere Brücke 196.

Liebenzell.

Verkaufe 8—10 Zentner gut eingebrachtes

Heu.

Heinrich Holzäpfel, Weiherstraße 43.

Nr. 30.

Erscheinungsweise: 6m
Reklamen 2.— Mk. — Auf S

Die Nachwirkung

Gegen die neuen

Hamburg, 6. Febr. E
rer Erdrosselungsdiktat
hänger aller bürgerlichen
wirtschaftlicher Organisat
ten Tribünen wurden
schließung gelangte zur
Hamburg versammelten
heben einmütig flammen
versuch der Feinde. Sie
bedingte Festhalten an d
derungen und geloben, w
der Regierung zu stehen.
denn als Sklavenvolk un
Veranstaltung läuteten d
zen Stadt.

München, 6. Febr.
Platz vor der Feldherrn
die Ententeforderungen
dichtgedrängt und lauschte
lander, der mit den We
Sklaven der Entente verd
land-Liedes und der Wa
monstrationszüge, die z
Quartier der Ententekom
ländische Lieder sangen,

Der deutsche Außen zu den

Berlin, 4. Febr. Der „
minister Simons in eine
ter der Hearstpresse, von W
wirklich bei ihrem Nein blei
die deutsche Regierung auch
weicht, die ich im Reichsta
nämlich die Pariser Beschlü
ich nicht länger im Amte un
Nachfolger nur dieselbe
Frage Wiegands, was gesch
maßnahmen ergreifen, erklä
für einige Zeit leiden und

Berlin, 5. Febr. Der
wie wir erfahren, gestern
überbrachte ihm im Auftrag
die Einladung zur London
ster Dr. Simons hat sich

Einverständnis im

Berlin, 5. Febr. Amt
des Reichskanzlers fand h
Ministerpräsidenten mit den
vom 29. v. M. geschaffene
Auswärtigen gab einleitend
Bedeutung der Ententeford
weiteren Absichten des Rei
ster ergänzte diese Ausführu
Reichsminister des Innern
nahmen dar. Sämtliche
Einverständnis mit der
sich diese aus der Reichsk
vom 1. d. M. ergibt.

Der S

Paris, 5. Febr. In
der „Temps" und das „
veröffentlichen, wird gesag
dem in Paris von der K
Plan Seydoux", wie sie
Zwiespältigkeit hervorzur
hätten in ihrem Bericht
Interesse bestehe, Deutsch
seiner Schuld mitzuteilen
Charakters lediglich Mi
Kollegen beauftragt word
gemeinsam ausgearbeitet
man ihnen so seinen Nam
hierzu noch mit, das W
schläge der deutschen Regi
Frage von Oberschlesien
Anmerkung des W.T.
sich dem Plan Seydoux e
haben durch die Annahme

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw